

Eine Kampagne von:

%attac
Salzburg



Stopp „Wettbewerbspakt“!

Keine Kürzung bei Löhnen, Pensionen, Bildung, Gesundheit!

Was ist der „Wettbewerbspakt“?

Der „Wettbewerbspakt“ hat zum Ziel, die EU-Kürzungspolitik auf die gesamte Eurozone auszuweiten und unumkehrbar zu machen. Damit drohen der Abbau von Arbeitsrechten, sozialen Rechten, aber auch Kürzungen bei Löhnen und sozialstaatlichen Leistungen. Angeblich sollen dadurch die Unternehmen von Arbeitskosten entlastet sowie die Staatschulden reduziert und somit insgesamt die Staaten im globalen Konkurrenzkampf wettbewerbsfähiger gemacht werden.

Alle Eurozonen-Länder sollen mit der EU-Kommission einen entsprechenden Vertrag über ihre Wirtschafts- und Budgetpolitik abschließen (Details siehe Rückseite), verbunden mit Zahlungen bei besonders radikalen Kürzungsmaßnahmen. Damit werden die Rechte der demokratisch gewählten Parlamente massiv beschnitten, alles im Interesse globaler Konzerne und deregulierter Finanzmärkte.

Dieser Austeritätskurs (rigorose staatliche Sparpolitik) bietet allerdings keine Antwort auf die tatsächlichen Ursachen der Krise in Europa. Im Gegenteil: Die nachteiligen Folgen für die Bevölkerung sehen wir täglich in Griechenland, Spanien und Portugal: Massenarbeitslosigkeit und wachsende Ungleichheit. Auch in Österreich steigt die Arbeitslosigkeit und stagniert die realwirtschaftliche Entwicklung.

Dennoch soll das vor allem von Deutschland forcierte „Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“ bei den kommenden EU-Ratstreffen ab Oktober weiter diskutiert und womöglich beschlossen werden. - Das muss verhindert werden!

Der „Wettbewerbspakt“ würde nicht nur in Europa ein falsches Zeichen für Sozialabbau setzen. Er würde darüber hinaus Menschen in Schwellenländern entmutigen, die ohnehin zu kämpfen haben mit Minimallöhnen, gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen und mangelhaften Sozialsystemen. - Soll das Europas humanitäre Botschaft sein?

Unser Europa soll anders aussehen! Informieren Sie sich auf der Rückseite dieses Flyers und auf: www.unsereuropa.at

Werden Sie aktiv!

- Fordern Sie Bundeskanzler Werner Faymann und die Bundesregierung auf, sich gegen diesen unsozialen und undemokratischen Pakt zu stellen!
- Stellen Sie Ihren Kandidaten zur Nationalratswahl im September die Frage, wie sie sich zu jedem dieser gefährdeten Bereiche stellen und was sie für die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer sozialen Errungenschaften auch in Österreich zu tun gedenken!
- Unterstützen Sie die Kampagne: **Unser Europa neu begründen!** und unterschreiben Sie online den Aufruf für ein anderes Europa: www.unsereuropa.at

<p>Der EU -Wettbewerbspakt bedeutet:</p>	<p>Ein Europa, wie wir es wollen: (weitere Infos: www.unsereuropa.at)</p>
<p>» Massenarbeitslosigkeit und Abbau von Arbeitsrechten Arbeitsrechte, Kollektivverträge und Löhne fallen den „Strukturreformen“ als erstes zum Opfer! Die Arbeitslosigkeit in der Eurozone wird weiter steigen. Prekäre und unsichere Arbeitsverhältnisse werden drastisch zunehmen.</p>	<p>Ein Europa der menschenwürdigen Arbeit ! Unser menschenwürdiges Europa stellt sicher, dass Arbeit gerecht geteilt wird und alle Menschen von ihrer Arbeit gut leben können. Ein europäischer Mindestlohn und Regeln für Lohnabschlüsse sollen gewährleisten, dass die Löhne zumindest im selben Ausmaß wie die Produktivität steigen.</p>
<p>» das Ende des Sozialstaats Pensionen und Sicherungssysteme werden weiter abgebaut. In Südeuropa sehen wir, was das heißt: steigende Armut und Obdachlosigkeit, ungenügende Gesundheitsversorgung, kalte Wohnungen im Winter... » Privatisierung und Ausverkauf von öffentlichen Gütern Schon jetzt fordert die Troika in Griechenland, Spanien oder Portugal Privatisierungen. Wasser, Gesundheit, Verkehr, Bildung – alle Bereiche werden»</p>	<p>Ein Europa der ökonomischen und sozialen Sicherheit! Es garantiert menschenwürdige Sozialstandards sowie die Teilhabe an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Das Recht auf Nahrung, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Mobilität und ein würdiges Leben muss für alle gesichert sein. Eine einmalige Vermögensabgabe und die laufende Besteuerung hoher Vermögen reduzieren die Ungleichheit und stellen die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher.</p>
<p>Geschlechtergerechtigkeit Gerade Frauen sind von Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich massiv betroffen. Einerseits, weil viele von ihnen dort schon ohnehin zu geringen Löhnen arbeiten; andererseits ermöglichen ihnen erst öffentliche Kindergärten oder leistbare Öffis beruflich tätig zu sein. Der Wettbewerbspakt ist daher auch ein Anti-Gleichstellungspakt. betroffen sein.</p>	<p>Ein Europa der Geschlechtergerechtigkeit! In unserem geschlechtergerechten Europa sollen Frauen wie Männer in gleicher Weise die Chance haben, sich politisch zu engagieren, sich beruflich zu entwickeln und genügend Zeit für die Familie zu haben. Die Anhebung der Löhne in „typischen Frauenberufen“ ermöglicht es beiden Geschlechtern, berufliche Auszeiten zu nehmen für die Kinderbetreuung oder Pflegeaufgaben.</p>
<p>» Umweltzerstörung Umweltstandards kommen im verschärften Wettbewerb weiter unter Druck. Ökologische Vielfalt und Nachhaltigkeit werden der Profitlogik geopfert. Die Eindämmung der Klimaerwärmung und ihrer katastrophalen Folgen wird erschwert.</p>	<p>Ein Europa der ökologischen Gerechtigkeit! Es schützt natürliche Ressourcen und biologische Vielfalt und sichert die Lebens- und Überlebensinteressen aller Menschen weltweit- vor allem auch jene kommender Generationen. Die EU-Staaten sorgen für einen sozialen und ökologischen Umbau ihrer Wirtschaft und schützen die Länder des globalen Südens vor der ungehinderten Ressourcenausbeutung durch europäische Konzerne.</p>
<p>» Demokratieabbau Mit dem Wettbewerbspakt soll auch bei Änderungen von politischen Mehrheiten in einem Land kein Ende der Kürzungspolitik mehr möglich sein. Der Wettbewerbspakt hebt somit die Demokratie weiter aus.</p>	<p>Ein Europa der demokratischen Mitbestimmung! Eine solche EU-Wirtschaftspolitik berücksichtigt die Interessen aller Bevölkerungsgruppen, nicht nur die von Konzernen. Statt Lobbying gibt es transparente, partizipative und verbindliche Entscheidungsprozesse, in denen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, NGOs etc.) vertreten sind. In der Europäischen Zentralbank (EZB) bestimmen nicht länger die Finanzeliten, sondern VertreterInnen der Gesamtgesellschaft die Geldpolitik mit.</p>
<p>Nützen Sie Ihre demokratischen Rechte! - Unterschreiben Sie den Aufruf: www.unsereuropa.at - Befragen Sie Ihre Kandidaten zur Nationalratswahl!</p>	